



Krupp-Sohn Arndt
Rente aus dem Geldbriefkasten

RUHR

KRUPP-APANAGE

Kohlen für Bohlen

Bergarbeiterführer Walter Arendt machte sich für das Gemeinwohl stark: Westdeutschlands Steuerzahler dürften keinesfalls das „süße Leben“ des Krupp-Sohnes Arndt von Bohlen und Halbach, 31, finanzieren. Jetzt müssen sie doch.

Als in diesem Sommer der Essener Krupp-Konzern seine niederrheinische Schachtanlage „Rossenray“ in die von Bonn beschlossene Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG einbringen wollte, legte Arendt, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, ein Veto ein. Er blockierte dadurch die Aufnahme des leistungsstärksten europäischen Pütts in den neuen Konzern.

Der mächtigste Gewerkschaftsboß im Ruhrrevier stieß sich an einem verbrieften Recht aus dem Jahre 1953. Damals hatten die Alliierten verfügt, der als Kriegsverbrecher verurteilte Alfred Krupp von Bohlen und Halbach müsse mit seinem Montanbesitz auch die Rossenray-Gruben abstoßen. Als Entgelt gestanden sie ihm den Anspruch zu, vom Verkaufspreis jeder geförderten Tonne Kohle 2,5 Prozent als sogenannte Förderrente zu kassieren.

In seinem Testament vermachte der im Sommer 1967 verstorbene Alfred Krupp sein gesamtes Industrievermögen einer gemeinnützigen Stiftung. Krupp-Sohn Arndt hatte auf die Milliarden-Erbschaft verzichtet, nachdem ihm neben der Förderrente eine zweite sichere Finanzquelle zugesprochen war: Aus den Zinsen für eine frühere Krupp-Beteiligung an der Augsburger Büromaschinenfirma National Registrier Kassen GmbH fließen ihm jährlich eine Million Mark zu.

Mit einer gesicherten Apanage von zwei Millionen im Jahr rückte der junge Rentier in die Illustrierten-Society auf. Die Bilderblätter durften seine Hofhaltung auf Schloß Bühn-

bach in Österreich und im Palast bei Marrakesch in Farbe dokumentieren. Zu den beiden Bohlen-eigenen Herrschaftssitzen mietete Arndt von Bohlen noch eine 200-Quadratmeter-Suite in Münchens ehemaligem Pacelli-Palais dazu. Zur See fuhr er als Eigner des Großseglers „Germania VI“ und der Luxus-Yacht „Antinous II“.

Erst als die Aufnahme der Krupp-Gruben in die Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG bevorstand, stieß sich Kumpelboß Walter Arendt an der fürstlichen Apanage des Ruhr-Erben. Die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“: „Der junge Krupp lebt auf großem Fuß. Ein Taschengeld von 50 000 Mark monatlich putzt er weg wie nichts. Wer soll das bezahlen?“

Antwort wußte Krupp-Generaldirektor Günter Vogelsang: Die Einheitsgesellschaft, so sein Vorschlag, übernimmt Rossenray mit allen Aktiva und Passiva, mithin auch die Verpflichtung, die Rente an den revierfernen Krupp-Nachkömmling zu zahlen. Die Manager der neuen Kohle-Union stimmten zu.

Nur ihr stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Walter Arendt legte sich quer: Dem Steuerzahler könne nicht zugemutet werden, daß die mit öffentlichen Geldern subventionierte Ruhrkohle AG „Millionen für Krupp“ auswerfe.

Krupp-Sohn Arndt ließ daraufhin durch seine Anwälte ausrichten, er werde den Verzicht auf das Erbe des gesamten Krupp-Vermögens rückgängig machen, falls die künftigen Rossenray-Eigentümer sein Rentenrecht antasteten.

Unter Zeitdruck versuchten die Spitzenmanager der Krupp GmbH und der Ruhrkohle AG, Rossenray doch noch unter das Einheitsdach zu bringen. Am 13. August, zwei Tage vor Ablauf der von Bonn verordneten Frist, legten sie ein erstaunliches Ergebnis vor: Rossenray, so kabelte der Krupp-Konzern an Westdeutschlands Zeitungsredaktionen, werde in die Einheitsgesellschaft eingebracht, zwischen Arndt von Bohlen und Halbach und der Ruhrkohle gebe es „keinerlei Rechtsbeziehungen“, und Arndt erhalte seine Rossenray-Rente fortan von Krupp.

Bergarbeiterführer Walter Arendts Sieg schien vollständig. Tatsächlich aber war sein Kampf gegen die Fehlleitung öffentlicher Gelder in die Taschen des letzten Krupp ein Scheingefecht. Denn auch in Zukunft müssen die Rossenray-Kumpel für Arndt von Bohlen Kohlen buddeln. Zur Tarnung wurde lediglich zwischen den Krupp-Jungmann und die Einheitsgesellschaft die Fried. Krupp GmbH als Geldbriefkasten eingeschaltet: Die Rossenray-Eigentümerin Ruhrkohle AG zahlt die alte Förderrente an den Krupp-Konzern, der sie an Arndt von Bohlen weiterreicht.

Dem jungen Rentier fließen aus dem Flöz-Abbau bei Rossenray allein in diesem Jahr 1,6 Millionen Mark zu. Bei normaler Lebenserwartung darf Arndt von Bohlen mit weiteren 70 Millionen sicher rechnen.

HANDEL

DDR

82 Nelken

Noch im Wahlkampf war der SPD-Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, Dr. Klaus Dieter Arndt, bereit, gemeinsame Erfolge der Großen Koalition zu feiern.

Ausgerechnet im Warenverkehr mit der DDR, so befand Schiller-Gehilfe Arndt, sei Kiesingers Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 konsequent in Taten umgesetzt worden.

Das Ergebnis: Von Januar bis Juni dieses Jahres lieferte die Bundesrepublik für 244 Millionen Mark mehr Waren in die DDR als ein Jahr zuvor und kaufte für 105 Millionen Mark zusätzlich in Mitteldeutschland ein. Der innerdeutsche Handel nahm um sensationelle 26 Prozent zu und dürfte bis zum Jahresende 3,5 Milliarden Mark überschreiten — mehr als je zuvor.

Der Rekordaufschwung kam selbst für seine westdeutschen Förderer überraschend. Noch vor Jahresfrist hatte die devisenschwache und bei der Bundesrepublik hoch verschuldete DDR ihre Käufe in der Bundesrepublik drastisch eingeschränkt.

Schillers Arndt, der den innerdeutschen Warenaustausch zu seinem Steckenpferd gemacht hat, sah in der Handelsflaute eine politische Gefahr. Nur durch engere wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit der DDR, so vermutete Arndt, könnten der freie Zugang nach West-Berlin und die Unantastbarkeit der Inselstadt gesichert werden.

Zwei Anläufe des Bonner Kabinetts indes, das gesamtdeutsche Klima durch Barzuwendungen zu verbessern, wurden durch DDR-Maßnahmen gestoppt: Im Juni letzten Jahres führte Ost-Ber-



Osthändler Arndt (r.)
Ehrenkarte für Leipzig